



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 132. Ratssitzung vom 26. Februar 2025

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2024/136, 2024/137 und 2024/138

4312. 2024/136

Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 27.03.2024: Strategie gegen die eskalierende Jugendgewalt und gegen die Gewalt mit Stichwaffen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2024/136, 2024/137 und 2024/138

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat GR Nr. 2024/136 (vergleiche Beschluss-Nr. 3024/2024): *In der Stadt Zürich herrschen reale Probleme vor. Eines davon ist die eskalierende Jugendgewalt. In welchen Verhältnissen – mit wie viel Gewalt und Angst – junge Menschen bei uns in der Stadt aufwachsen, muss uns Sorgen bereiten. Im Vorstoss ist ein Video verlinkt, in dem betroffene Jugendliche ihre Situation schildern. Dieser Zustand ist unhaltbar. Sie bewaffnen sich mit Messern, weil sie Angst vor Angriffen haben. Solche Aussagen wurden früher den Ghettos in den USA zugeordnet. Solche Zustände entstanden unter der Einwanderungspolitik des Bundes nun auch hier. Eine Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) zeigt, dass jeder Fünfte der 12- bis 18-Jährigen mit einem Messer herumläuft. Im SVP-Vorstoss GR Nr. 2023/52 zitierten wir eine andere Studie der ZHAW. Diese stellte fest, dass rund fünf Prozent der Jugendlichen drei Viertel aller Straftaten begehen. Würden diese isoliert, wären vermutlich 90 bis 95 Prozent der Jugendkriminalfälle gelöst. Mit wissenschaftlichen Studien, die die SVP in einen Zusammenhang setzt, kann die Jugendkriminalität quasi beendet werden. Die Lösungen sind da, doch Sie wollen das Postulat nicht überweisen und nicht darüber sprechen. In den anderen Vorstössen wird gezeigt, welche Arten von Gewalt von den verschiedenen Gruppen ausgehen. Menschen aus der Asylbevölkerung machten im Jahr 2023 rund 0,6 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, begingen jedoch 11 Prozent der Straftaten. Vor solchen Zuständen warnen wir seit Jahrzehnten. Studien zeigen, dass bloss vier oder fünf Prozent der Schulkinder nicht davon berichten, psychische Gewalt zu erfahren. Es ist haarsträubend, welche Situationen Kinder auf dem Schulhof erleben: Sie müssen mit physischer, psychischer und sexueller Gewalt und Mobbing leben. Kinder müssen vor Gewalttätern geschützt werden, auch wenn diese*



minderjährig sind. Der Stadtrat muss vorwärtsmachen und gegen diese Gewalt vorgehen. Zu unserer Schulzeit lief es noch anders auf dem Schulhof – die Einwanderung war geringer. Wird nun nicht gehandelt, landen wir bei amerikanischen Verhältnissen, wo die Schuleingänge mit Metalldetektoren kontrolliert werden müssen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: *Das Postulat fordert den Stadtrat auf, möglichst rasch eine Strategie gegen die eskalierende Jugendgewalt und Gewalt mit Stichwaffen bzw. Messern zu entwickeln. Die Abläufe bezüglich dieser Gewalt sind eingespielt und etabliert. Sämtliche Schnittstellenpartner wie Schulen, Oberjugendanwaltschaft, Kantonspolizei Zürich und Fachbereiche der Stadtpolizei Zürich werden einbezogen. Dies haben wir in den Antworten auf die Interpellation GR Nr. 2023/52, die von denselben Gemeinderäten eingereicht wurde, ausgeführt. Auch damals bezog man sich auf die Studie «Jugenddelinquenz in der Schweiz» der ZHAW. Wir antworteten, dass die zuständigen Stellen im Verbund, also gemeinsam und abgesprochen, mit verschiedenen Massnahmen gegen die Jugendkriminalität vorgehen. Die Lage wird ständig beurteilt, Schwerpunkte werden gesetzt und die Strategie, wenn nötig, angepasst. Ich bitte Sie, den Vorstoss abzulehnen.*

Samuel Balsiger (SVP) *begründet das Postulat GR Nr. 2024/137 (vergleiche Beschluss-Nr. 3025/2024): Unglaublich, was STR Karin Rykart verlauten lässt. Schilderungen und Studien zeigen auf, mit welchen Gewalterfahrungen junge Menschen und Kinder aufwachsen müssen. Diese Probleme sind ungelöst und dennoch rät sie dazu, den Vorstoss nicht zu überweisen. Wenn 75 bis 95 Prozent der Kinder sagen, sie würden mit physischer, psychischer, sexueller Gewalt und Mobbing aufwachsen, kann nicht behauptet werden, die bestehenden Prozesse würden funktionieren. STR Karin Rykart hat keine Erfolge aufgezeigt. Das verlinkte Video ist erst ein paar Monate alt. Weshalb müssen die Jugendlichen Messer mit sich tragen, wenn die Prozesse angeblich so gut funktionieren? Zahlreiche Medienberichte bestätigen, dass junge Menschen extrem viel Gewalt ausüben, vor allem seit der Erosion der Moral während der Covid-Pandemie, als die Kinder weggesperrt wurden. Weshalb gibt es so viele Negativbeispiele, wenn die Prozesse funktionieren? Die Studie der ZHAW ist kein SVP-Propagandaorgan. Schwarz auf weiss steht dort, wer die Täter sind, welche Nationalitäten dahinterstecken. Diese verfügen über einen anderen kulturellen Hintergrund, wo Gewalt im Alltag stattfindet. Der kulturelle Hintergrund hat einen Einfluss auf die Gewaltstatistik. Weil Sie nicht mehr weiterwissen, kapitulieren Sie und machen nichts ausser zu erzählen, die Prozesse funktionierten. Können jetzt keine Erfolge genannt werden, hoffe ich auf die Überweisung des Vorstosses.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: *Im ersten Postulat GR Nr. 2024/136 fordern Sie die Entwicklung einer raschen Strategie. Eine solche gibt es und wir arbeiten weiter daran. Auch Sie haben keine einfache Lösung anzubieten, die das gewünschte Resultat bringen würde. Mit Ihrem zweiten Postulat GR Nr. 2024/127 fordern Sie, die jugendlichen Intensivtäter mit aller Härte wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Der Stadtrat bittet darum, auch dieses*



Postulat abzulehnen. Nicht die Stadtpolizei, sondern Justiz und Oberjugendanwaltschaft sind zuständig. In der Antwort auf die Interpellation hatten wir dies bereits festgehalten. Ich bitte Sie aus diesen Gründen, die beiden Vorstösse abzulehnen.

Samuel Balsiger (SVP) nimmt Stellung zur Interpellation 2024/138: *Wir bieten durchaus eine einfache Lösung an, während Sie gar keine haben. Ich habe STR Karin Rykart aufgefordert, ihre Erfolge in der Bekämpfung der Jugendgewalt zu benennen. Ihre Antwort, auch wir hätten keine Lösung, impliziert, dass Sie ebenfalls keine haben. Wir wissen, welche Nationalitäten die Straftäter haben. Im Gespräch mit Schulleitern erfährt man dies ebenfalls. Die einfache Lösung lautet: Kinder, die auf dem Pausenhof andere Kinder zusammenschlagen, haben dort nichts zu suchen. Sie gehören in eine geschlossene Anstalt. Eine kleine Gruppe ausländischer Intensivgewalttäter muss isoliert und von den unschuldigen Kindern entfernt werden. Dazu müssen Sie sie nicht ausschaffen, aber in eine Anstalt einweisen. Es ist Ihre Aufgabe als Stadträtin, ein entsprechendes Angebot zu schaffen. In einem geschlossenen Rahmen unter Hochsicherheitsmassnahmen müssen diese Kinder den kulturellen Hintergrund der Schweiz gelehrt bekommen. Die normalen Kinder – auch die ausländischen, die mit der Gewalt nichts zu tun haben wollen – sind so geschützt. Es ist schlimm, dass Kinder so aufwachsen müssen, während sich die Verantwortlichen in der Politik um Laubbläser kümmern. Nur fünf Prozent der Kinder erleben keine Gewalt: Obwohl ein Teil auch «woke Hysterie» ist, ist dies haarsträubend. Auf Seite 2 der Interpellation sehen Sie, dass Ausländer mit 54,6 Prozent vertreten sind. In der Stadt werden jährlich zwischen 3000 und 6000 Menschen eingebürgert. Könnten Sie ausweisen, wie viele der 45,4 Prozent eingebürgerte Schweizer sind, wären es vermutlich 90 Prozent Ausländer, die für die Straftaten verantwortlich sind. Es handelt sich um ein kolossales Versagen der Einwanderungspolitik der letzten zwanzig Jahre. Auch auf kommunaler Ebene sind Sie für diese Probleme verantwortlich. Auf Seite 3 sind die im Jahr 2023 diesbezüglich registrierten Nationalitäten aufgelistet. In der Stadt Zürich befinden sich 0,7 Prozent der Gesamtbevölkerung im Asylwesen. Diese waren im Jahr 2023 für über 11 Prozent der Taten gemäss Strafgesetzbuch verantwortlich. Sie können bei der Lektüre dieser Zahlen nicht behaupten, Sie hätten die Lage im Griff oder dies hätte nichts mit Herkunft oder Kultur zu tun. Die drei Vorstösse zeigen das kolossale Scheitern der Einwanderungspolitik der Schweiz auf. Indem wir dies auf tiefster Ebene aufschlüsseln, können die katastrophalen Zustände aufgezeigt werden. Sie erkennen das Problem jedoch nicht an. Dass die aktuellen Prozesse nicht funktionieren, zeigen die Zahlen auf allen Stufen. Wir nehmen keine ernsthaften Bemühungen Ihrerseits zur Problemlösung wahr, wenn Sie die Probleme nicht einmal anerkennen – das wäre ein erster Schritt zur Problemlösung. Die Antworten sind nicht einfach und auch die SVP hat sie nicht immer.*

Persönliche Erklärungen:

Michael Schmid (AL) hält eine persönliche Erklärung zur Durchsetzung von Ordnungsruf und Wortentzug gemäss Art. 197 GeschO GR durch das Ratspräsidium.

Johann Widmer (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum Votum von Michael Schmid



4 / 8

(AL).

Dr. David Garcia Nuñez (AL) hält eine persönliche Erklärung zum Votum von Johann Widmer (SVP).

Samuel Balsiger (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum Votum von Dr. David Garcia Nuñez (AL).

Weitere Wortmeldungen:

Martina Zürcher (FDP): Die Vorstösse müssen vernünftig und mit anderer Brille betrachtet werden. Im Postulat GR Nr. 2024/137 schrieb die SVP: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die 5 Prozent der jugendlichen Intensivtäter, die für 75 Prozent aller berichteten Straftaten verantwortlich sind, endlich mit voller Härte des Rechtsstaates wieder in die Gesellschaft eingegliedert werden können.» Wir haben ChatGPT gefragt, wie wir dies in der Sprache der SP formulieren könnten: «Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, mit welchen sozialpolitischen und präventiven Massnahmen verhindert werden kann, dass ein kleiner Teil der Jugendlichen überproportional straffällig wird und wie betroffene Jugendliche bestmöglich in die Gesellschaft reintegriert werden können.» Dem können wir zustimmen, weshalb die FDP die Postulate GR Nr. 2024/136 und GR Nr. 2024/137 als Prüfaufträge annehmen wird. Bei der Interpellation GR Nr. 2024/138 mussten wir feststellen, dass die Statistikenntnisse der SVP Optimierungspotenzial haben. Ein Teil der Antworten auf die Fragen 1 und 2 betont den Kern, nach dem nicht gefragt wird: «Der Begriff der Ausländerinnen und Ausländer umfasst die Wohn- und Asylbevölkerung sowie Touristinnen und Touristen.» Hierzu müssten Fragen gestellt werden, denn gerade bei Diebstahl und Einbrüchen ist der Kriminaltourismus relativ hoch. Dagegen helfen andere Migrationsgesetze nicht. Samuel Balsiger (SVP) fragt, weshalb bestimmte ausländische Nationalitäten auf der Liste stärker vertreten seien. Mit seiner ursprünglichen Frage zielte er jedoch auf die Nationalitäten der Asylbevölkerung. Damit werden Menschen gewisser Nationalitäten ausgeschlossen, auch wenn sie sich in der Schweiz aufhalten.

Carla Reinhard (GLP): Das Sicherheitsdepartement hat in seinem strategischen Plan bereits einen «Schwerpunkt Jugendgewalt» als Teil der Sicherheit im öffentlichen Raum festgelegt. Wir haben den Eindruck, dass die Thematik der Stichwaffen sehr ernst genommen wird, was wir unterstützen. Wir lehnen das Postulat GR Nr. 2024/136 daher ab. Das Thema nehmen wir ernst, jedoch arbeitet die Stadtpolizei daran. Im Postulat GR Nr. 2024/137 erkennen wir einen Widerspruch: Geht es darum, jugendliche Straftäter aus dem Verkehr zu ziehen und hart zu bestrafen oder geht es um ihre Wiedereingliederung? Ich vermute ersteres, was nicht der Übersetzung von Martina Zürcher (FDP) entspräche. Genau diese soziale Wiedereingliederung ist der zentrale Grundsatz des Schweizer Jugendstrafrechts. In jungen Jahren besteht eine hohe Chance auf positive Verhaltensänderung. Es ist wichtig, den Jugendlichen nicht die Zukunft zu verbauen, sondern angepasste Massnahmen umzusetzen. Wir lehnen auch dieses Postulat ab.



Karin Weyermann (Die Mitte): *Postulat GR Nr. 2024/136 schätzen wir gleich ein wie die GLP, kommen jedoch zu einem anderen Schluss. Es handelt sich um ein Thema mit hohem Stellenwert bei der Stadtpolizei. Dennoch sehen wir es als ernsthaftes Problem und halten eine entsprechende Strategie für zentral. Falls diese bereits existiert, ist das Postulat erfüllt. Wir werden das Postulat überweisen, um zu zeigen, dass es für die Fraktion Die Mitte/EVP ein wichtiges Thema ist. Auch wir sehen in Postulat GR Nr. 2024/137 einen Widerspruch zwischen voller Härte des Rechtsstaats und Eingliederung. Wir vermuten, dass die SVP eher ersteres meint. Gerade bei Jugendstraftätern beurteilen wir diese Härte nicht als sinnvoll. Zudem liegt diese Thematik in der Zuständigkeit der Jugendanwaltschaft, der Gerichte und allenfalls der Vollzugsinstitutionen. Wir lehnen dieses Postulat ab. Bezüglich der Interpellation stimme ich Martina Zürcher (FDP) zu; gewisse Fragen wurden vermutlich nicht formuliert, wie sie gemeint waren.*

Fanny de Weck (SP): *Wir haben beide Postulate in der Fraktion diskutiert. Gewisse Formulierungen waren auch für uns verwirrend. Dennoch war erkenntlich, dass es um Strategien gegen Jugendgewalt und Stichwaffen sowie die Wiedereingliederung geht. Die Bekämpfung von Gewalt unter Jugendlichen und mit Stichwaffen ist ein sehr wichtiges Anliegen, so auch die Wiedereingliederung. Der Stadtrat ist in diesen Bereichen bereits tätig und nimmt das Thema ernst. Vor einem Jahr haben wir ein Postulat zum Thema Jugendgewalt angenommen. Auch das Thema der Stichwaffen hat das Polizeidepartement auf dem Radar. Es werden Strategien entwickelt und permanent überarbeitet. Nicht bloss die Stadt, sondern auch Kanton und Bund bemühen sich um die Wiedereingliederung von Straftätern. Das Gesetz verpflichtet sie dazu. Der Strafvollzug inklusive der damit einhergehenden Resozialisierungsmassnahmen von Jugendlichen ist auf kantonaler Ebene angesiedelt, die Strafverfolgung und Regulierung von Waffen beim Bund. Dennoch ist es wichtig, dass sich Stadt, Kanton und Bund bezüglich dieser Themen vernetzen und ihre Tätigkeiten koordinieren. Dies kann beispielsweise in einer Zürcher Koordinationsgruppe geschehen. Die Postulate beschreiben, was heute bereits Auftrag ist und gemacht wird. Selbstverständlich muss noch mehr gemacht werden und wir sind offen für neue Ideen. Diese sehen wir in den beiden Postulaten nicht. Wir lehnen sie deshalb ab, da sie für den Schutz vor Gewalt keinen Mehrwert bringen, sondern nur unnötigen Aufwand für das Polizeidepartement. Dieses nutzt seine Kapazitäten besser für die Sache.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Das Problem der Messerstechereien zwischen Jugendlichen existiert nicht bloss im Ausland. Vor wenigen Tagen endete eine solche in Villich für einen Jugendlichen tödlich. Das Thema muss ernst genommen werden.*

Moritz Bögli (AL): *Fast eine halbe Stunde lang mussten wir uns Voten von Samuel Balsiger (SVP) anhören, die teilweise nicht sehr viel mit den Vorstössen zu tun hatten und von rassistischen Ressentiments, Stereotypen und Unwahrheiten getränkt waren. Darauf folgten vorgeschriebene Voten der anderen Parteien zu Jugendgewalt. Ich appelliere an den Rat, dass rassistische Entgleisungen nicht unkommentiert bleiben, dass danach nicht einfach zum Normalzustand übergegangen wird. Die SVP zeigte noch nie Interesse daran, das Thema Jugendgewalt effektiv anzugehen. Das Patriarchat, das stark mit dem Thema zusammenhängt, da fast alle diese Verbrechen von Männern begangen werden,*



wird von der SVP unterstützt. Sie bewirtschaftet das Thema, um populistisch Stimmung gegen migrantische Menschen zu machen. Die Vorstösse führen zu nichts. Sie sind nicht dafür da, sinnvolle Veränderungen anzustossen. Deshalb sind sie klar abzulehnen. Falls es tatsächlich eine gewalttätige Kultur auf dieser Welt gibt, ist es die westeuropäische: In den letzten Jahrhunderten hat diese durch den Kolonialismus zu hunderten Millionen Toten geführt. In der Stadt Zürich gibt es Gewaltprobleme in den Kreisen der Jugendlichen. Mit Repression wurden solche nie gelöst. Die FDP stimmt rassistisch angelegten Vorstössen zu, indem sie sich ebensolche vorstellt, die in keiner Weise existieren. Ich bin froh, dass die Vorstösse trotz dieser Anbiederung vermutlich keine Mehrheit finden.

Sanja Ameti (parteilos): Werden Tatsachen bewusst verdreht und Desinformationen verbreitet, wie Martina Zürcher (FDP) es anhand eines Beispiels aufgezeigt hat, hat dies nichts mit dem fehlenden Verständnis der anderen, sondern dem fehlenden Anstand des Postulanten zu tun. ChatGPT verfügt über keine Übersetzungsfunktion in «anständig». Mein Kopf wird ganz schwer, wenn ich mir all diesen Blödsinn anhören muss.

Andreas Egli (FDP): Nicht zum ersten Mal wurde heute länger über Jugendgewalt diskutiert. Wir bewegen uns in den altbekannten Schützengräben. Die eine Seite behauptet, es handle sich um eine Rassismusdebatte: Das ist eine Ausrede, wenn das Problem gesehen, jedoch nicht wahrgenommen werden will. Jugendgewalt stellt ein Problem dar, das zeigen die Zahlen. Darüber muss diskutiert werden, statt über die Wortwahl einzelner. STR Karin Rykart sagt, es gebe eine Strategie. Gleichzeitig wirft sie der SVP vor, diese hätte auch keine Lösung. Das heisst, dass diese Strategie ebenfalls keine Lösung darstellt. Der SVP muss ich zustimmen, dass es keine einfache Lösung gibt. Was sie vorschlägt, ist ebenfalls keine solche, führt jedoch zu einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dem Problem. Wir haben von STR Karin Rykart in der Kommission noch nie etwas zu Jugendgewalt gehört. Bloss auf die Staatsanwaltschaft zu verweisen, geht nicht. Ich erwarte, dass das Sicherheitsdepartement mit der Staatsanwaltschaft und der Jugendanwaltschaft zusammenarbeitet und Lösungen sucht. Es wird erzählt, es werde schon viel gemacht, doch aufgezeigt wird es nicht. Das Problem wird jedes Jahr grösser. Es ist bekannt, wo das Problem liegt. Die Möglichkeiten, dagegen anzugehen, müssen ergriffen werden. Ihr bemängelt, dass wir von der «Härte des Rechtsstaats» sprechen. Im Bereich der durch Jugendliche verübten Straftaten ist der Begriff «Härte» jedoch relativ. Diese kommt nur bei jugendlichen Intensivtätern zum Tragen und selbst bei diesen handelt es sich nicht wirklich um Härte. Letztlich geht es um die Reintegration in die Gesellschaft und die Möglichkeiten, ein normales, funktionierendes Mitglied ebendieser zu werden. Dabei wird nicht immer der Kuschelkurs gefahren. Es bewährt sich nicht immer, Geld nachzuschmeissen. Konkrete Massnahmen müssen ergriffen werden, auch wenn sie bisher nicht immer angewendet wurden. Das aktuelle System funktioniert nicht, also muss etwas anderes ausprobiert werden. Es ist enttäuschend, will eine Mehrheit im Saal nichts am System ändern. Es ist unakzeptabel, wie im Gemeinderat mit dem Problem umgegangen wird. Ich erwarte von STR Karin Rykart bei Ablehnung der heutigen Vorstösse, dass sie uns in der Kommission präsentiert, was für Massnahmen gegen die Jugendgewalt ergriffen werden oder noch ergriffen werden könnten.



Johann Widmer (SVP): Moritz Bögli (AL) sprach ebenfalls nicht zum Thema. Es ist einfach, uns Rassismus vorzuwerfen: Mit dieser Keule soll der Gegner mundtot gemacht werden. Ihr werft mit Begriffen um euch, die von euren Ideologien und Machenschaften ablenken sollen. Weshalb wollt ihr das Problem nicht anerkennen und unsere Jugend und Bürger schützen? Gewalt nimmt zu. Weshalb merkt man nichts von den Schwerpunkten, die ihr angeblich gesetzt habt? Der Blick auf die Entwicklung der Zahlen ist besorgniserregend. Weshalb packt ihr das Thema nicht gemeinsam mit uns an? Die SVP ist lösungsorientiert. Griffige Massnahmen müssen her. Eure fahrlässige Einbürgerungspolitik und Kuscheijustiz führen zu solchen Zuständen. Immer wieder wird die Härtefallklausel angewendet. Staatlich finanzierte Anwälte werden zur Verfügung gestellt, um Schlupflöcher zu finden, damit diese Menschen bleiben und freikommen können. Euer Wegsehen ist das Problem. Die Lösung liegt in der Isolation potenzieller Straftäter in eigenen Klassen oder anderen Institutionen. Diese Jugendlichen müssen von der Schule gewiesen und in geschützte Anstalten eingewiesen werden. Die Erwachsenen müssen ausgeschafft werden. Andernfalls werden die Zahlen weiter steigen. Wir bringen Lösungen, ihr lehnt sie ab und sabotiert jegliche Anstrengungen für vernünftige Lösungen.

Samuel Balsiger (SVP): Johann Widmer (SVP) und Andreas Egli (FDP) haben es auf den Punkt gebracht. Ich bin mit Menschen aus dem Balkan und anderer Kulturen aufgewachsen und auch heute noch von vielen umgeben. Ich kenne diese gastfreundlichen, offenen Kulturen, von denen viele Schweizer etwas lernen könnten. Ich weiss aber auch, dass in vielen dieser Kulturen das Nachgeben, das Zeigen von Schwäche als Einknicken verstanden wird. Wollen sie als junger Mensch in einem fremden Land Grenzen ausloten, Widerstand spüren und fehlen ihnen die Worte dazu, verwenden sie Gewalt. Damit rufen sie um Hilfe. Das von Ihnen gemachte Hilfsangebot verstehen sie als Schwäche. Es spornt sie an, durch Gewaltanwendung noch stärker um Hilfe zu schreien. Bei den Kulturen, die ein anderes Verständnis von Gewalt haben, muss mit Härte reagiert werden, um freundlich zu sein. Natürlich muss es Härte mit Barmherzigkeit sein; die Kinder können nicht ausgeschafft werden. Mit der jetzigen Strategie befeuern Sie das Problem und sind für die eskalierende Gewalt mitverantwortlich. In der Interpellation wird die Realität aufgezeigt. Sie beschimpfen mich als Rassisten, wenn ich sage, es handle sich um ein Ausländerproblem. Deshalb bringen wir Fakten. Wir haben den Stadtrat aufgefordert, die Realität zu spiegeln. Das Eingeständnis der Realität wäre ein Schritt hin zur Lösung.

Das Postulat wird mit 41 gegen 74 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat



8 / 8

4313. 2024/137

**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 27.03.2024:
Jugendliche Intensivtäter, Eingliederung in die Gesellschaft mit der vollen Härte
des Rechtsstaats**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements
namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2024/136, Beschluss-Nr. 4312/2024

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3025/2024).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 33 gegen 83 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

4314. 2024/138

**Interpellation von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 27.03.2024:
Zunahme der Gewaltdelikte, Angaben zu den Nationalitäten, zum Anteil der Perso-
nen mit einer anderen Staatsangehörigkeit, zu den Eingebürgerten, den Delikten
mit Stichwaffen und den straffälligen Asylbewerbenden**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 2982 vom 2. Oktober 2024).

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2024/136, Beschluss-Nr. 4312/2024

Samuel Balsiger (SVP) nimmt Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat